

## **Unsere Schritte gegen die Gefahr der Spielsucht**

### **Die Situation**

Als erster Schritt zur Eindämmung von Spielhallen und Spielsucht wurde die Vergnügungssteuer von 11 auf 20 Prozent erhöht. Die Senatsfinanzverwaltung rechnet mit Steuereinnahmen in Höhe von 25,4 Millionen Euro pro Jahr. Durch die höheren Steuern soll einerseits Spielsucht eingegrenzt, andererseits mehr Mittel für Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung von Spielsucht zur Verfügung stehen. Eine entsprechende Initiative aus der BVV Mitte wurde damit umgesetzt.

Dies allein reicht allerdings nicht aus, um dem Trend des Spielhallenbooms wirkungsvoll entgegen treten zu können.

Die SPD Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin hat daher drei Anträge zur Thematik „Gesamtkonzept zur Eindämmung von Spielhallen und Spielsucht“ ins Parlament eingebracht. Die Anträge werden nunmehr in den Ausschüssen beraten und im Anschluss im Plenum beschlossen. Die Anträge der SPD-Fraktion unterstützen die aktuelle Initiative des Senats ein Spielhallengesetz zu erlassen. Gleichzeitig wird gefordert, dass über Bundesratsinitiativen die Spielverordnung und die Baunutzungsverordnung verschärft wird. Darüber hinaus soll die Präventionsarbeit gegen die Spielsucht verbessert werden.

Der Senat hat auf die jahrelange Initiative der BVV Mitte dem Spielhallentrend entgegen zu wirken nun mehr weiter reagiert und einen Gesetzentwurf zur Regelung des Rechts der Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin – SpielGBIn) im Abgeordnetenhaus eingebracht.

Berlin macht damit als erstes Bundesland vom Recht der Gesetzgebungskompetenz im Bereich Spielhallen Gebrauch.

### **Das Spielhallengesetz Berlin regelt im Einzelnen folgendes und setzt damit die Forderungen der BVV Mitte weitestgehend um:**

- Verschärfung der Erlaubnisvoraussetzung für Spielhallenbetreiberinnen und –betreiber u. a. durch Erbringung eines Sachkundenachweises
- Nachweispflichtig zur Thematik Suchtprävention und – bekämpfung geschultes Personal
- Intensiver Einsatz von Aufsichtspersonal
- Verhinderung von Mehrfachkomplexen zur Vermeidung von Spielhallenhäufungen an einem Standort durch Einhaltung eines Mindestabstandes von 500 Metern zwischen den Spielhallen
- Obergrenze für die Anzahl von Spielgeräten
- Verbot des Betriebes von Spielhallen in räumlicher Nähe von durch vorwiegend Kindern und Jugendlichen genutzten Einrichtungen (u. a. Kindergärten, Schulen, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen)
- Sperrzeit von 3.00 bis 11.00 Uhr (bisher gab es nur eine Schließzeit von einer Stunde pro Nacht)
- Verbot von auffälliger Werbung.

### **Die Umsetzung**

Der Rat der Bürgermeister erhält nunmehr den Gesetzesentwurf zur Stellungnahme. Ich bin mir sicher, dass es keine ein Spielhallengesetz verhindernde Initiativen geben wird.

Nach Eingang der Stellungnahme wird der Senat eine Vorlage zur Beschlussfassung des Gesetzes ins Abgeordnetenhaus einbringen, welches noch vor der Sommerpause verabschiedet werden soll, damit dieses Gesetz noch im Jahr 2011 in Kraft treten kann.

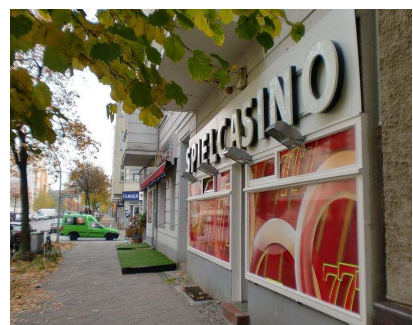
Darüber hinaus startet der Senat eine Bundesratsinitiative. Hierdurch soll bundeseinheitlich die Genehmigung neuer Spielhallen für Betreiberinnen und Betreiber erschwert werden.

Die BVV Mitte fordert aber weiterhin auch eine Bundesratsinitiative zur Änderung der Baunutzungsverordnung. Die Umsetzung steht noch aus, so dass wir die Entwicklung weiter verfolgen.

Durch das Spielhallengesetz soll den schätzungsweise 37.000 spielsüchtigen Menschen und deren Angehörigen geholfen werden. Gleichzeitig soll der Einstieg in die Spielsucht erschwert werden. Die Glücksspielsucht ist seit 2001 offiziell eine Krankheit, die Betroffene und Ihre Angehörigen in Verarmung, Vereinsamung, Aufbau von Schulden treibt und viele in die Kriminalität abgleiten lässt.

Auch das durch die Vielzahl von Spielhallen negativ geprägte Straßenbild soll sich durch die Neuregelung verbessern, bestehende Spielhallen sollen verdrängt und Neueröffnungen erschwert werden. In einzelnen Quartieren Berlins ist eine auffällige Häufung von Spielhallen auf engstem Raum erkennbar, eine Ausweitung auf zur Zeit noch besser gestellte Quartiere würde zwangsläufig folgen.

Noch Ende 2009 gab es bereits 400 Spielhallen in Berlin. Seitdem steigt die Anzahl



explosionsartig weiter. Damit muss Schluss sein!

#### Links:

**Anträge der SPD Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin „Gesamtkonzept zur Eindämmung von Spielhallen und Spielsucht“**

<http://www.parlament-berlin.de/ados/16/IIIPlen/vorgang/d16-3777.pdf>

<http://www.parlament-berlin.de/ados/16/IIIPlen/vorgang/d16-3779.pdf>

<http://www.parlament-berlin.de/ados/16/IIIPlen/vorgang/d16-3777.pdf>

**Pressemitteilung vom 08.02.2011 aus der Sitzung des Senats am 08.02.2011**

<http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/20110208.1255.330216.html>

**Artikel der SPD Fraktion BVV Mitte von Berlin (zu finden unter Hintergründe)**

- 10. Juni 2010 Immer mehr Spielhallen in Berlin
- 28. August 2010 „Spielhallen in Berlin (Moabit) – Situation und Auswirkungen“ / Interview .... - Antworten auf ganz Mitte bezogen
- 17. September 2010 Spielhallen / Glücksspiel: Bewegung im Land Berlin....
- 09. November 2010 Wettbüros – Der Europäische Gerichtshof kippt das staatliche Monopol von Glücksspielen

<http://www.spd-fraktion-mitte.de/standpunkte.php>